

# Landeshauptstadt Magdeburg

## Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Amt 61	S0321/09	21.10.2009
zum/zur		
F0171/09 – FDP-Ratsfraktion		
Bezeichnung		
Hat Magdeburg ICE-Anbindung verschlafen?		
Verteiler	Tag	
Der Oberbürgermeister	10.11.2009	

In der Sitzung des Stadtrates am 08.10.2009 wurde der Oberbürgermeister mit der Erarbeitung einer Stellungnahme zur folgenden Anfrage F 0171/09 beauftragt:

### **1. Wie stehen Sie zu den oben zitierten Äußerungen?**

Die in der „Volksstimme“ vom 08.10.2009 zitierten Äußerungen des Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG, Jobst Paul, sind weder nachvollziehbar, noch zutreffend.

Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Magdeburg hat gegen die Verschlechterung der ICE-Anbindung gegenüber der Deutschen Bahn AG und dem Verkehrsministerium des Landes Sachsen-Anhalt rechtzeitig und stets entschieden interveniert. Bereits seit dem Amtsantritt des ersten demokratisch gewählten Oberbürgermeisters, Dr. Willi Polte, im Mai 1990 setzt sich die Landeshauptstadt Magdeburg vehement für einen adäquaten Anschluss an den Bahnfernverkehr ein. Es gab u. a. den Versuch, die im Verkehrswegeplan Deutsche Einheit Nr. 1 festgelegte Trasse für die Hochgeschwindigkeitsstrecke Hannover – Berlin umzuplanen.

Neben politischen Aktivitäten wurde in der Vergangenheit auch die Möglichkeit einer rechtlichen Auseinandersetzung der Landeshauptstadt Magdeburg mit der Deutschen Bahn AG geprüft. Aufgrund der äußerst geringen Erfolgsaussichten und des finanziellen Risikos wurde nach intensiven Diskussionen der DS1014/00 im I. Quartal 2001 im Stadtrat und in den Ausschüssen auf eine Klage, deren Entwurf vorgelegt wurde, jedoch verzichtet.

Da die Gestaltung des Fernverkehrs ausschließlich in der Entscheidungskompetenz der Deutschen Bahn AG liegt, blieben die zahlreichen gemeinsamen Aktivitäten zur Verbesserung der Situation jedoch bisher leider erfolglos.

### **2. War die Landeshauptstadt an den jüngsten Infrastrukturgesprächen zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr beteiligt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?**

Die Landeshauptstadt Magdeburg war nicht an den Infrastrukturgesprächen zwischen der Deutschen Bahn AG und dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr beteiligt. Eine Einbeziehung erfolgt bei der Umsetzung von betreffenden Projekten wie z. B dem Ausbau des Eisenbahnknotens Magdeburg.

### **3. Sehen Sie angesichts der laufenden Diskussion Mittel- und langfristig Möglichkeiten, eine Verbesserung der Bahnanbindung der Landeshauptstadt (ICE) zu erreichen?**

Die Situation gestaltet sich aufgrund der bundespolitischen Rahmenbedingungen und der vorhandenen Zuständigkeiten leider als äußerst schwierig. Direkte Einflussmöglichkeiten der Kommunen sind nicht gegeben, da die Fahrpläne für den Schienenpersonenfernverkehr keiner formellen Anhörung und Beteiligung der Kommunen bedürfen.

Die Landeshauptstadt Magdeburg war in der Vergangenheit mehrfach von Veränderungen im Fernverkehrsangebot der Deutschen Bahn AG negativ betroffen (z. B. in Richtung Schwerin / Rostock und in Richtung Berlin). Sofern der Wegfall von Fernverkehrsverbindungen durch zusätzliche Angebote im Nahverkehr – zumindest teilweise – kompensiert wird, werden hierdurch indirekt Kosten auf die hierfür zuständigen Länder verlagert.

Der Bund als Noch-Alleineigentümer beabsichtigt bedauerlicherweise nicht, diese Vorgehensweise zu korrigieren. Zentrales Ziel des Bundes ist statt dessen weiterhin die Verbesserung der Kosteneffizienz der Deutschen Bahn AG, d. h. eine betriebswirtschaftliche Kostenoptimierung.

Diese Entwicklung ist nicht nur wegen der indirekten Kostenverlagerung auf die Länder problematisch. Aufgrund der unterschiedlichen Ausstattungsmerkmale können die Fernverkehrszüge nicht angemessen durch Nahverkehrszüge ersetzt werden - z. B. hinsichtlich der Reisezeiten, des Reisekomforts und der Möglichkeiten der Gepäckunterbringung. Damit verbunden sind Nachteile bezüglich der Qualität insbesondere als Wirtschafts-, Kultur- und Tourismusstandort. Jede weitere Einschränkung im Bahnfernverkehr führt zu einem verringerten Angebot an Verkehrsdienstleistungen, das zu einer Schwächung des Standortes Magdeburg führt. Diese Entwicklung wird von Geschäftsleuten, Einwohnern und Touristen gleichermaßen beklagt, und entsprechende negative Konsequenzen bei der Ansiedlung von Unternehmen, der Abwanderung von Arbeitskräften und im Städtetourismus sind nicht auszuschließen.

**Die Landeshauptstadt Magdeburg wird sich deshalb auch zukünftig konsequent gegen weitere Verschlechterungen im Fernverkehrsangebot und für quantitative und qualitative Verbesserungen der Verkehrsleistungen einsetzen.**

Die Oberbürgermeister der Städte Magdeburg, Halle, Dessau-Roßlau und Köthen haben sich aus diesem Grund in einer gemeinsamen Initiative mit dem Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt im Juli 2009 erneut zur Verbesserung des Eisenbahn-Fernverkehrs in Mitteldeutschland an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG gewendet, ohne diesbezüglich jedoch konkrete Fortschritte erreichen zu können.

**Es muss deshalb leider festgestellt werden, dass die Problematik ohne eine zielführende bundespolitische Einflussnahme grundsätzlich seitens der Kommunen nicht gelöst werden kann.**

Seitens des Landes Sachsen-Anhalt wird angestrebt, dass Verbindungen zwischen den Oberzentren in der Regel durch den Schienenpersonenfernverkehr sichergestellt werden. **Die politische Initiative des Verkehrsministers des Landes Sachsen-Anhalt, im Zusammenhang mit der Privatisierung der Deutschen Bahn AG verbindliche Qualitätsmerkmale für die Fernverkehrsbedienung festzuschreiben, stellt einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar und findet die Unterstützung der Landeshauptstadt Magdeburg. Leider ist es bislang noch nicht von Erfolg gekrönt, dies durch entsprechende bundespolitische Entscheidungen umzusetzen.**

**In einem Schreiben vom 29. Oktober 2009 an den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn AG für das Land Sachsen-Anhalt, Herrn Jobst Paul, wurde der im Presseartikel der „Volksstimme“ zitierte Vorwurf, die „Stadt habe nach der Wende zugeschaut, wie die Hochgeschwindigkeitsstrecken an Magdeburg vorbeigebaut worden seien“, entschieden zurückgewiesen.**

**Der Konzernbevollmächtigte wurde erneut aufgefordert, mit allen Beteiligten an einer nachhaltigen Verbesserung des bestehenden Anschlusses der Landeshauptstadt Magdeburg an den Bahnfernverkehr zu arbeiten.**

Dr. Scheidemann  
Beigeordneter für Stadtentwicklung,  
Bau und Verkehr